

# LAND TAGS KURIER

**35 JAHRE**  
Sächsischer  
Landtag

AUSGABE

**6 | 25**

Seite **4**

Diskussionen über  
nächste EU-Förderperiode  
in der Landwirtschaft

Seite **10**

Martin Modschiedler  
zum neuen Integrations-  
beauftragten gewählt

Seite **19**

Ausstellung zu  
35 Jahren Landtags-  
geschichte eröffnet



**Sächsischer Landtag**

# LANDTAGS KURIER

## AUSGABE 6 | 25

### PLENUM

20. Sitzung  
**Kürzungen und andere Herausforderungen**  
Sachsens Landwirtschaft drohen Einschnitte bei EU-Fördermitteln **4**

**Hintergrundinformationen zur EU-Agrarpolitik in Sachsen** **6**

**Sorge um das Leben junger Menschen**  
BSW kritisiert Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht **7**

21. Sitzung  
**Bahnausbau beschleunigen**  
Tempo bei der Modernisierung des Streckennetzes gefordert **8**

### PARLAMENT

**Erster Sächsischer Integrationsbeauftragter gewählt**  
Martin Modschiedler übernimmt das neu zugeschnittene Amt **10**

**Rückforderung von Corona-Hilfen prüfen**

Antrag will Belastungen für Unternehmen senken **11**

**Zahnarztversorgung auf dem Land verbessern**

Quote soll drohende Versorgungslücke abschwächen **11**

**Aktuelle Gesetzgebung** **12**

### AKTUELLES

**Zum Funktionieren der Parlamente**

Feierstunde am 3. Oktober 2025 im Sächsischen Landtag **14**

**Sehen. Zuhören. Ausprobieren.**

Parlament lockt Tausende Besucher zum Tag der offenen Tür an **16**

**TITELBILD:**  
Jugendliche in der Ausstellung  
»35 Momente aus 35 Jahren«  
Foto: T. Schlorke

# 10



# 14



# 16



# 18

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfritsch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:  
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden  
Druck und Vertrieb:  
Druckerei Thieme Meißen GmbH,  
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen  
Redaktionsschluss: 07.11.2025  
Gastautoren: Markus Guffler, Dmitry Olekh  
(beide Sächsischer Landtag)  
und Matthias Zwarg (Zschopau)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

### Landtagsjubiläum aus verschiedenen Perspektiven

120 Schülerinnen  
und Schüler  
diskutieren mit  
Abgeordneten 18

### Momente der Erinnerung

Fotoaufnahmen  
schreiben Landtags-  
geschichte 20

### SONDER- THEMA

Ansturm auf die  
Kulturhauptstadt  
Kunstsammlungen  
Chemnitz steuern  
auf Besucher-  
rekord zu 22

20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Leserinnen und Leser,

für mich ist es wichtig, an geschichtsträchtigen Jahrestagen nicht nur zurückzublicken. Wir sollten uns vielmehr fragen: Was hat dieses oder jenes Ereignis mit unserem heutigen Leben zu tun und was können wir aus der Vergangenheit lernen? Ich habe deshalb am 35. Jahrestag der ersten Landtagssitzung vom 27. Oktober 1990 120 Schülerinnen und Schüler in unseren Plenarsaal eingeladen. Sie diskutierten dort mit Abgeordneten über aktuelle Themen und brachten engagiert ihre Anliegen zur Sprache. Die Jugendlichen haben diese Aufgabe mit Bravour gemeistert und bei mir und den anderen Abgeordneten großen Eindruck gemacht. Der Austausch im Plenarsaal hat gezeigt, wie viel Interesse und Verantwortungsbewusstsein in der jungen Generation stecken.

Ich finde es sehr wichtig, dass nicht nur junge Menschen die Möglichkeiten unserer heutigen Demokratie und der Freiheit nutzen. Denn aus der Geschichte wissen wir, dass beides keine Selbstverständlichkeit ist. Eine Demokratie besteht nicht aus sich selbst heraus, sondern muss politisch und gesellschaftlich gestaltet werden.

Auch im aktuellen 8. Sächsischen Landtag wird mit großer Ernsthaftigkeit um einzelne Themen gerungen. In der aktuellen Ausgabe des Landtagskuriers können Sie einige Debatten der Plenarsitzungen am 29. und 30. Oktober 2025 kurz und kompakt nachlesen. Außerdem erfahren Sie mehr über die Veranstaltungen zum 35. Jubiläum unseres Parlaments. Und wenn Sie vorhaben, demnächst Ihren Landtag in Dresden zu besuchen, dann nehmen Sie sich doch gern auch Zeit für die neue Foto-Ausstellung »35 Momente aus 35 Jahren« im Bürgerfoyer. Anhand der gezeigten Bilder und der begleitenden Texte kann man auf eine wunderbare Zeitreise durch unsere jüngere Landtagsgeschichte gehen. So kann jeder für sich selbst die Frage beantworten, was wir aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen können.

**»Eine Demokratie besteht nicht aus sich selbst heraus, sondern muss politisch und gesellschaftlich gestaltet werden.«**

Ich wünsche Ihnen viel Freude mit dieser Ausgabe!

Alexander Dierks  
Präsident des Sächsischen Landtags



Andreas Heinz

# Kürzungen und andere Herausforderungen

Sachsens Landwirtschaft drohen Einschnitte bei EU-Fördermitteln

**CDU:** Mehr Planungssicherheit, weniger Bürokratie

Zu Beginn der Debatte warnte Andreas Heinz (CDU) vor drohenden Pleiten von landwirtschaftlichen Betrieben, weil sie ohne staatliche Gelder nicht mehr existieren könnten. Er würde sich vielmehr wünschen, dass ein Landwirt genug Ertrag aus seiner eigentlichen Arbeit bekäme und sich nicht ständig für die Subventionen rechtfertigen müsse. Mit der neuen Förderperiode der EU-Agrarpolitik drohe bald neues Ungemach. Dann würden die Brüsseler Gelder nicht mehr wie bisher direkt an die Regionen, sondern über den Bund ausgereicht werden. Um etwas gegen diesen Plan zu unternehmen, reise seine Fraktion zeitnah nach Brüssel. Man setze sich dort unter anderem für mehr Planungssicherheit, die stärkere Berücksichtigung

**In der Aktuellen Debatte des Sächsischen Landtags am 29. Oktober 2025 zum Thema »Sachsens Chancen und Herausforderungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028« debattierten die Fraktionen über die zukünftigen EU-Fördermittel für den Freistaat Sachsen (siehe auch Hintergrund S. 6).**

von Umwelt- und Klimaschutzleistungen bei der Fördermittelvergabe sowie für mehr Anstrengungen beim Bürokratieabbau ein.

**AfD: EU-Politik schadet Deutschland**

Jörg Dornau (AfD) ließ kein gutes Haar an der Fördermittelpolitik der EU. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sorge für eine bürgerfeindliche Umverteilung finanzieller Ressourcen und sei ideologisch gesteuert. Deutschland habe allein im Jahr 2024 18 Milliarden Euro mehr an die EU eingezahlt, als zurückgeflossen seien. Von jedem

Euro, den man nach Brüssel überweise, kämen nur 75 Cent zurück. Während Deutschlands Straßen bröckelten und Schulen verfielen, finanziere man einen EU-Apparat mit etwa 37 000 Beschäftigten. Deutsches Steuergeld solle jedoch vor allem in Deutschland wirken, ohne teure Umwege über ferne Bürokratie. Nach bisherigen Plänen würde Sachsen in der kommenden Förderperiode wohl statt 3,2 nur noch 2 bis 2,5 Milliarden Euro an Strukturgeldern erhalten. Dornau kritisierte auch die geplante Verteilung der Fördermittel über den Bund. Entscheidungen müssten nah an den Menschen vor Ort getroffen werden.

**BSW:** Große Betriebe nicht bevorteilen

Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik gebe ihm Anlass zur Sorge, bekundete Ulf Günter Lange (BSW). Sachsen drohe seine flächendeckende Landwirtschaft mit einer breiten Vielfalt an Betrieben zu verlieren. Die EU-Kommission plane unter anderem eine Kürzung der Einkommenshilfen um 20 bis 25 Prozent. Gleichzeitig verfolge sie ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, das von seiner Fraktion streng abgelehnt werde. Diese Gelder von der Landwirtschaft abzuziehen, sein ein fatales Signal. Zu begrüßen sei indes der Vorschlag zur obligatorischen Degression und Kappung der Einkommensgrundstützung. Flächenstarke Großbetriebe hätten aufgrund hoher Kapitalintensität ohnehin schon Kostenvorteile. Die hier-

bei freiwerdenden Mittel sollten besser über eine deutlich aufgestockte Umverteilungsprämie an die kleinen und mittleren Betriebe fließen.

#### SPD: Soziale Landwirtschaft stärken

Für die SPD-Fraktion bekräftigte Simone Lang, dass sie die geplante Auflösung der bewährten Zwei-Säulen-Struktur ablehne. Stattdessen fordere sie einen sinnvollen Bürokratieabbau und weniger Ordnungskontrollen. Die GAP brauche außerdem neben einer grünen Architektur für Umwelt und Klima auch eine rote Architektur für faire Arbeitsbedingungen. Etwa 61 Prozent der Arbeitskräfte in der europäischen Landwirtschaft gingen einer sogenannten informellen Beschäftigung nach. Prekäre Arbeit und Schwarzarbeit seien weit verbreitet. Zu begrüßen sei, dass es seit 2025 neue EU-Richtlinien für transparente Arbeitsverträge, Gesundheits- und Arbeitsstandards sowie sichere Arbeitsmittel gebe. Die Einhaltung dieser Vorschriften sei an den Erhalt der Agrarförderung gebunden. Betriebe, die diese

Auflagen nicht einhielten, sollten auch keine Steuergelder erhalten.

#### BÜNDNISGRÜNE: Strukturelle Probleme lösen

Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE) stimmte dem Redner der CDU zu, dass viele Betriebe aktuell an der Grenze der Wirtschaftlichkeit arbeiteten. Allein die Preise für Dünger, Futter und Energie seien seit 2020 um 45 Prozent gestiegen. Doch es gebe auch strukturelle Probleme in der Landwirtschaft. Die Kappung und Degression für große Betriebe hätte für die sächsische Landwirtschaft katastrophale Auswirkungen. An die AfD-Fraktion gerichtet sagte Günther, dass sie das europäische Friedensprojekt nach zwei Weltkriegen noch immer nicht verstanden habe. Darüber hinaus könne die EU in der aktuellen globalen Situation mit großen Blöcken und Mächten nur geschlossen bestehen. Eine Erlungenschaft sei vor allem der gemeinsame EU-Binnenmarkt. Deutschland profitiere sehr wohl davon und Sachsen für sich sei sogar ein Nettoempfängerland.

#### Die Linke: Keine Rückkehr zum Nationalen

Auch Stefan Hartmann (Die Linke) warnte vor den Folgen einer Kappung und Degression von Fördermitteln für größere Betriebe in Sachsen. Grundsätzlich solle aber nicht die Betriebsgröße bei der Vergabe öffentlicher Gelder im Vordergrund stehen, sondern die Leistung für das Gemeinwohl und die Einhaltung sozialer Standards. Die Renationalisierung der Förderstruktur werde zur Wettbewerbsverzerrung im Binnenmarkt führen. Zu befürchten sei zudem eine Absenkung der ökologischen und sozialen Standards in der gesamten Europäischen Union. Aus linker Perspektive müsse die Verwendung von EU-Agrarsubventionen im Sinne der Umwelt, des Klimas und des Tierschutzes sowie der sozialen Gerechtigkeit erfolgen. Die Brüsseler Politik solle weniger auf einzelne Lobbygruppen hören und mehr auf die Bürgerinnen und Bürger. Diese hätten längst verstanden, dass nur ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen langfristig ihre Lebensgrundlagen erhalte.

#### Staatsregierung: Chance auf größere Entscheidungsspielräume

Landwirtschaftsminister Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU) bewertete in seiner Rede die Chancen und Herausforderungen, die sich aus den Reformvorschlägen ergeben würden. So sei, wie bisher auch, weiterhin eine Einkommensstützung für die Landwirtschaftsbetriebe vorgesehen. Junge und neue Landwirte erhielten eine besondere Unterstützung, um den Generationswechsel in der Landwirtschaft zu bewältigen. Beim Umwelt- und Klimaschutz sollten die



Andreas Heinz



Jörg Dornau



Ulf Günter Lange



Simone Lang



Wolfram Günther



Stefan Hartmann

Fotos: O. Killig

»Die GAP soll als eigenständiger Politikbereich mit eigenen und ausreichend finanzierten Fonds erhalten bleiben.«



Georg-Ludwig von Breitenbuch

Mitgliedstaaten mehr Spielräume erhalten. Deutschland hätte damit die Chance, das komplexe Geflecht von Vorgaben in diesem Bereich aufzulösen. Herausfordernd sei indes die Kürzung des GAP-Budgets um ca. 20 Prozent. Die Mitgliedstaaten und Regionen könnten angesichts der allseits angespannten Haushaltslage nur schwer die erforderlichen Kofinanzierungsanteile erbringen.

// Dr. Daniel Thieme



Foto: Peter Maschen / stock.adobe.com

# Hintergrundinformationen zur EU-Agrarpolitik in Sachsen

**Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist seit 1957 eines der zentralen Politikfelder der Europäischen Union. Als landwirtschaftlich geprägtes Bundesland profitiert Sachsen seit Langem von den EU-Finanzmitteln. Gegenwärtig wird auf unterschiedlichen Ebenen darüber diskutiert, wie die Förderungen ab 2028 gestaltet werden sollen.**

## Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Spätestens mit der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2028 möchte die EU ihre Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) grundlegend überarbeitet haben. Mit dem seit 2024 angestoßenen Prozess verfolgt sie das Ziel, die bisher auf zwei Säulen ruhende Agrarförderung umzubauen und in einen neuen gemeinsamen Fonds für »Nationale und Regionale Partnerschaftspläne« zu integrieren. Dann wäre beispielsweise ein Teil der Gelder, die bisher für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) vorgesehen sind, nicht mehr zweckgebunden und könnte auch anderweitig ausgegeben werden. Die Folge wären Kürzungen im Agrarsektor, obwohl sich der gesamte EU-Etat deutlich erhöht.

Der Freistaat Sachsen und die hier arbeitenden Landwirte sind unmittelbar von den europäischen Plänen betroffen.

Die sächsische Staatsregierung befasst sich deshalb schon jetzt mit der nächsten Förderperiode. Unter anderem fordert sie, die zukünftige GAP stärker an den Bedürfnissen der Landwirte auszurichten und als eigenständige, wirtschaftlich tragfähige Agrarpolitik zu erhalten. Gemeinsam mit anderen ostdeutschen Ländern besteht der Freistaat zudem auf höhere finanzielle Zuwendungen, eine stabile und langfristig orientierte Förderstruktur sowie weniger Verwaltungsaufwand.

## Sachsens Landwirtschaft profitiert stark von der EU

Aktuell erhalten sächsische Landwirtinnen und Landwirte rund 200 Millionen Euro jährlich an EU-Direktzahlungen. Sie dienen als finanzieller Ausgleich für die im internationalen Vergleich hohen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzstandards. Die Zahlun-

gen tragen nicht nur zum Einkommen der Betriebe bei, sie gleichen auch Wettbewerbsunterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten aus. Zusätzlich zu den Direktzahlungen fließen im Zeitraum 2023 bis 2027 insgesamt rund 719 Millionen Euro aus der zweiten Säule der GAP nach Sachsen. Damit fördert die EU nachhaltige Projekte, Umweltmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum. 569 Millionen Euro stammen direkt aus EU-Mitteln, der andere Teil wird durch nationale und regionale Kofinanzierung ergänzt.

Sachsen besitzt eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 895 000 Hektar. Die GAP trägt entscheidend dazu bei, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und den angrenzenden Branchen zu sichern und die ländlichen Regionen lebenswert zu erhalten.

// Dmitry Olekh/Dr. Daniel Thieme



Sabine Zimmermann



Sophie Koch

Fotos: O. Killig

# Sorge um das Leben junger Menschen

BSW kritisiert Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht

**Die Rückkehr zur Wehrpflicht in Deutschland war Gegenstand einer Aktuellen Debatte im Sächsischen Landtag am 29. Oktober 2025. Das vom BSW beantragte Thema lautete: »Euer Ruf nach Pflicht: Nein, meine Kinder geb' ich nicht!«. Die Fraktion positionierte sich darin klar gegen jede Form der militärischen Aufrüstung und forderte, das Geld stattdessen in zivile Infrastruktur zu investieren.**

## Aufklärung über die Risiken

Sabine Zimmermann (BSW) fragte, ob junge Menschen, die sich freiwillig für den Wehrdienst meldeten, auch ausreichend informiert und über die Gefahren von Bundeswehreinräumungen, wie bspw. in Afghanistan, aufgeklärt seien. Ebenfalls kritisch bewertete Zimmermann, dass im Spannungs- oder Verteidigungsfall aus der Freiwilligkeit eine Pflicht werden solle.

Alle seien für den Weltfrieden, doch Politik beginne mit der Anerkennung der Lebenswirklichkeit, hob Christian Hartmann (CDU) an. Frieden und Freiheit seien heute keine Selbstverständlichkeiten mehr. Der Staat habe die Aufgabe, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Es gehe nicht um die Frage der Kriegstüchtigkeit, sondern darum, ob sich dieses Land im Ernstfall selbst verteidigen könne.

## Unsichere internationale Lage

Es sei nicht klar, wie sich die geostrategische Lage Deutschlands in den nächsten Jahren entwickle, so André Wendt (AfD). Deshalb sei er überzeugt, dass Deutschland wieder eine Wehrpflicht benötige. Wer allerdings junge Menschen in die Pflicht nehme, der dürfe sie nicht für Symbolpolitik einsetzen, sondern vielmehr für den Schutz der Bürger in unserem Land, für unsere Heimat und die Bewahrung der Freiheit.

Es sei der richtige Weg, beim Wehrdienst auf Freiwilligkeit zu setzen und damit die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, betonte Sophie Koch (SPD). Die Debatte dazu dürfe aber nicht allein auf das Militär begrenzt bleiben. Es gehe ebenfalls um einen funktionierenden Zivilschutz sowie um eine Bevölkerung, die weiß, wie sie sich im Ernstfall zu verhalten habe.



AKTUELLE DEBATTEN  
ALS VIDEO

## Verteidigungsfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) wies auf den Unterschied hin, Deutschland nicht kriegstüchtig, sondern verteidigungsfähig zu machen. Es gehe darum, ein Verständnis für Wehrhaftigkeit zu entwickeln. Unser Land solle in der Lage sein, seine Werte zu schützen. Wer die aktuelle Bedrohung durch Russland herunterspiele, habe den Ernst der Lage nicht verstanden.

Susanne Schaper (Die Linke) sprach sich klar gegen eine Wehrpflicht aus. Diese sei ein Zwangsdienst, der jungen Menschen schade. Die Ausbildung, das Studium oder der Auslandsaufenthalt müssten dafür verschoben oder unterbrochen werden. Durch eine Wehrpflicht verlören junge Erwachsene Zeit und Einkommen, im schlimmsten Falle sogar ihr Leben. Statt einen Zwangsdienst einzuführen, sollten die Freiwilligendienste attraktiver gestaltet werden.

Alles, was als Dienst am Gemeinwesen geleistet und als Pflicht erfüllt werde, fördere den Zusammenhalt und die Resilienz unseres Landes, betonte der Chef der Staatskanzlei, Dr. Andreas Handschuh. In diesem Sinne verdiene eine Dienstpflicht besondere Wertschätzung, sei es in der Bundeswehr oder beim Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, im Gesundheitswesen oder in der Bildung.

// Dr. Daniel Thieme



# Bahnausbau beschleunigen

Tempo bei der Modernisierung des Streckennetzes gefordert

## BÜNDNISGRÜNE: Falsche Prioritäten

Sachsen könne in großem Umfang vom Ausbau der Bahninfrastruktur profitieren, betonte Katja Meier (BÜNDNISGRÜNE). Mit seiner günstigen Lage habe der Freistaat das Potenzial, zu einer Drehscheibe zwischen Ost und West zu werden. Es ließe sich noch mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern und der Strukturwandel damit aktiv gestalten. Doch ungeachtet dieser Chancen setze die Staatsregierung weiterhin die falschen Prioritäten. Während sie beim Straßenbau Verpflichtungsermächtigungen weit in die Zukunft lege, berücksichtige sie bei wichtigen Bahnprojekten nicht einmal die nächsten Planungsstufen im Haushalt. Symptomatisch für eine fehlende Strategie seien beispielsweise die Strecken Dresden – Görlitz und Chemnitz – Leipzig. Statt Elektrifizierung und Taktverdichtung stünden Verzögerungen, Finanzierungslücken und ein Verantwortungs-Pingpong auf der Tagesordnung.

**Mit dem Titel »Vom Schienenland aufs Abstellgleis? Zeit für eine Bahnstrategie mit Takt, Tempo und Verlässlichkeit.« hatte die Fraktion der BÜNDNISGRÜNEN am 30. Oktober 2025 eine Aktuelle Debatte auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt. Es ging dabei vor allem um einen besseren Ausbau und die Elektrifizierung stark genutzter Strecken in Sachsen.**

## CDU: Bund stiehlt sich davon

Andreas Nowak (CDU) nahm direkt Bezug und wies darauf hin, dass man den Straßenverkehr nur schlecht mit dem Schienenverkehr vergleichen könne. Bei der Straße habe der Freistaat erheblich mehr Gestaltungsspielraum und die Notwendigkeit zum Handeln sei deutlich höher. Währenddessen besitze bei der Schiene, insbesondere beim Ausbau von Strecken, der Bund ein erhebliches Mitspracherecht. Allerdings sei die Verbindung Dresden – Görlitz ein Paradebeispiel dafür, wie er sich immer wieder aus der Verantwortung stehle. Die CDU-Fraktion fordere von der Bahn, den Fernverkehr in Sachsen nicht weiter zu reduzieren und auch an den bisherigen ICE-Stopps festzuhalten.

An einer Elektrifizierung komme der Fernverkehr perspektivisch nicht vorbei. So werde ein neuer Eurocity, der ab Dezember Leipzig mit Krakau verbinde, eine elektrifizierte Strecke nutzen, die eigentlich für den Güterverkehr vorgesehen sei.

## AfD: Reaktivierung nahezu gescheitert

Die BÜNDNISGRÜNEN hätten in der abgelaufenen Wahlperiode das umsetzen können, was sie jetzt forderten, kritisierte Tobias Keller (AfD). Die Partei habe damals im Koalitionsvertrag versprochen, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Doch geschehen sei wenig. Auch die geplante Reaktivierung von Strecken sei fehlgeschlagen. Von ursprünglich 22 Bahnstreck-

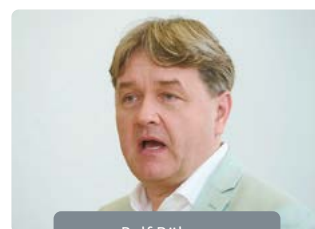
cken, die in Betracht gezogen wurden, sei eine einzige übrig geblieben. In der Opposition wollten die BÜNDNISGRÜNEN jetzt diesen Prozess beschleunigen. In Riesa drohe indes der ICE-Halt wegzufallen. Ein harmloser Beschwerdebrief von Staats-



Andreas Nowak



Tobias Keller



Ralf Böhme

ministerin Regina Kraushaar reiche nicht aus. Vielmehr sollten sich CDU und SPD mit den bislang 7 000 Unterzeichnern einer Online-Petition solidarisieren.

#### BSW: Bahn gehört zur Daseinsfürsorge

Die Investitionsmittel für die Bahn müssten auf allen Ebenen deutlich erhöht werden, forderte Ralf Böhme (BSW). Es sei wieder eine Konzentration auf das Kerngeschäft nötig, nämlich den Personen- und Gütertransport als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Speziell im Güterverkehr müsse einer Verlagerung von der Straße auf die Schiene wieder mehr Priorität eingeräumt werden. Die Pünktlichkeit beim Personenverkehr von momentan knapp über 60 Prozent sei unbefriedigend, die Sauberkeit von Zügen und Bahnhöfen lasse zu wünschen übrig und das Serviceniveau sei schlecht. Schlussendlich komme die Deutsche Bahn bei den Schlüsselprojekten für den sächsischen Schienenverkehr, deren Realisierung seit Jahren auf sich warten lasse, kaum voran.

#### SPD: Eigene Aufgaben erledigt

Henning Homann (SPD) verteidigte die Entscheidungen der vergangenen Jahre. So habe man am Anfang der 2010er-Jahre die Abbestellungs politik beendet. Ganz konkrete Erfolge seien die Einführung des Bildungstickets sowie des Plus- und TaktBus-Systems. Man habe ebenfalls dafür gesorgt, bei Elektrifizierungsprojekten den notwendigen sächsischen Finanzierungsanteil gegenüber dem Bund sicherzustellen. Sachsen habe in dieser Hinsicht seine Hausaufgaben erledigt. Für die Zukunft gebe es aber noch viel zu tun. Die Zug- und ÖPNV-Anschlüsse seien wichtig für die Regionalentwicklung, damit die Menschen leicht vom Umland in die Metropolen pendeln könnten. Doch deren Ausbau gehe gegenwärtig nur langsam vonstatten. Sachsen könne bestimmte Dinge selbst beschleunigen und vereinfachen. Fortschritte ließen sich auch durch eine Landesverkehrsgesellschaft erzielen.

#### Die Linke: Keine Orientierung am Gewinn

Stefan Hartmann (Die Linke) machte die Privatisierung der Deutschen Bahn im Jahr 1994 als Hauptgrund aktueller Probleme aus. Ihr Auftrag habe sich damals von einer Gemeinwohlorientierung hin zu einer Gewinnorientierung geändert. Die Folge sei unter anderem ein massiver Investitionsstau. Um die Qualität des ÖPNV und des Bahnverkehrs zu verbessern, brauche es beispielsweise Standards für die Streckenvergabe. Nicht der billigste Anbieter solle eine Strecke bedienen dürfen, sondern der beste. Weiterhin müsse der Staat auf die er-

»Es muss Strom an die Strecke und es muss, jedenfalls für Chemnitz – Leipzig, deutlich mehr Kapazität geschaffen werden.«



Regina Kraushaar

höhte Fahrgastnachfrage reagieren und Strecken wie zum Beispiel zwischen Leipzig und Dresden verstärken. Die ÖPNV-Strategiekommission des Freistaates Sachsen habe dort bereits im Jahr 2016 einen Halbstundentakt vorgeschlagen. Eine Umsetzung sei bisher aber noch nicht einmal geplant.

#### Staatsregierung: Sachsen auf gutem Weg

Gegen die vorgebrachte Kritik wehrte sich die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, Regina Kraushaar (CDU). Sachsen sei nach wie vor ein Schienenland und die Staatsregierung werde alles dafür tun, dass dies auch so

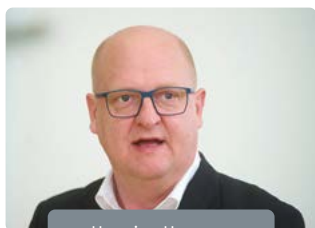
bleibe. Für die Elektrifizierung der Strecken Chemnitz – Leipzig und Dresden – Görlitz habe der Freistaat bisher Planungsvereinbarungen in Höhe von 40 Millionen Euro geschlossen. Eigentlich sei der Bund für die Strecken zuständig, doch man wolle mit diesen Maßnahmen den Handlungsdruck erhöhen. Der Landtag als Haushaltsgesetzgeber habe dafür in der Vergangenheit die notwendigen Gelder bewilligt. Bei der Elektrifizierung der Strecke Cottbus – Görlitz sei man ebenfalls auf einem guten Weg. Das Gelingen dieses Vorhabens stärke die Lausitz wirtschaftlich und verbinde sie noch enger mit den europäischen Nachbarn.

// Dr. Daniel Thieme

#### Weitere Aktuelle Debatten:

Der Sächsische Landtag befasste sich noch mit weiteren Aktuellen Debatten. Am 29. Oktober 2025 debattierten die Abgeordneten in der 20. Sitzung über den Antrag der AfD: »Asylmagnet abschalten – Missbrauch des Sozialsystems beenden«.

In der 21. Sitzung am 30. Oktober standen außerdem die Aktuellen Debatten »VW- und Chipkrise: Sachsens Weg für die Zukunft der (Auto-)Industrie« (SPD-Fraktion) sowie »Rechtsradikale bedrohen mehr als das Stadtbild – gemeinsam die Menschenrechte verteidigen« (Fraktion Die Linke) auf der Tagesordnung des Parlaments.



Henning Homann



Kaja Meier



Stefan Hartmann



Fotos: S. Floss

Martin Modschiedler und Alexander Dierks



Der Sächsische  
Integrationsbeauftragte

# Erster Sächsischer Integrationsbeauftragter gewählt

— Martin Modschiedler übernimmt das neu zugeschnittene Amt

**Am Donnerstag, dem 30. Oktober 2025, wählte der Sächsische Landtag den CDU-Abgeordneten Martin Modschiedler mit 62 von 120 Stimmen zum Sächsischen Integrationsbeauftragten. Damit endet die Amtszeit von Geert Mackenroth als bisherigem Ausländerbeauftragten.**

## Amt mit neuem Aufgabenbereich

Der Sächsische Integrationsbeauftragte Martin Modschiedler übernimmt ein neues Amt, das die Anliegen von allen Personen mit Migrationshintergrund vertritt, die sich nicht nur vorübergehend im Freistaat Sachsen aufhalten. Seine Aufgabe ist es, ihre Integration in die sächsische Gesellschaft zu fördern. Der Sächsische Integrationsbeauftragte wurde, wie es das Integrations- und Teilhabegesetz (SächsIntB) vorsieht, für die Dauer der Wahlperiode aus dem Kreis der Landtagsabgeordneten gewählt.

Der Dresdner Jurist Martin Modschiedler gehört der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag an. Er ist seit 2009

direkt gewählter Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 44 (Dresden IV). Im Landtag ist er Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten und im Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa, dessen Vorsitzender er bis 2014 war. Außerdem steht er dem

Wahlprüfungsausschuss und der G-10-Kommission vor. In seiner Fraktion war er seit 2014 rechtspolitischer Sprecher.

## Kontakte knüpfen und zuhören

In einem ersten Statement äußerte sich Modschiedler erfreut über seine Wahl und betonte, dass er das Amt und dessen Aufgaben mit Freude angehen werde. Allerdings verstehe er sich in den ersten Wochen vor allem als aktiver Zuhörer. Er wolle mit vielen Akteuren des

Netzwerks, der Gebietskörperschaften, des Handwerks und der Wirtschaft in Kontakt kommen. »Die Erkenntnisse werde ich nutzen, um die Wandlung des Amts vom Sächsischen Ausländerbeauftragten zum Sächsischen Integrationsbeauftragten zu gestalten. Dabei möchte ich auf alle Menschen zugehen, die in unserem Freistaat leben – egal ob hier geboren oder nicht.«

Insgesamt gab es in Sachsen bislang vier Ausländerbeauftragte: Den Anfang machte Heiner Sandig im Jahr 1992, auf ihn folgten Friederike de Haas, Martin Gillo und zuletzt Geert Mackenroth. Einen Abriss über die Tätigkeit der früheren Beauftragten enthält der letzte Jahresbericht 2024, der am 29. Oktober 2025 im Plenum beraten wurde.



Gratulationen für Martin Modschiedler nach seiner Wahl



JAHRESBERICHT 2024,  
Seite 28

// Markus Guffler

# Rückforderung von Corona-Hilfen prüfen

Antrag will Belastungen für Unternehmen senken

Am 30. September 2025 lud der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz zu einer öffentlichen Anhörung. In der Sitzung ging es um die Rückzahlung von staatlichen Corona-Hilfen. Die Fraktion BÜNDNISGRÜNE fordert in ihrem Antrag (Drs 8/2604), die noch ausstehenden Beträge von Unternehmen und Soloselbstständigen auf den Prüfstand zu stellen.

Der Freistaat Sachsen und auch der Bund hatten während der Corona-Pandemie wirtschaftliche Hilfsprogramme angeboten, die teils sehr kurzfristig erstellt wurden. Aus Sicht der BÜNDNISGRÜNEN seien hierfür nicht immer alle Modalitäten klar verständlich gewesen. Auf Unternehmen und Soloselbstständige kämen nun Rückzahlungsforderungen zu, mit denen zuvor nicht zu rechnen gewesen

sei. Die noch offenen Beträge bedeuteten für die Betroffenen erhebliche Belastungen. Die BÜNDNISGRÜNEN schlagen daher vor, dass Behörden in besonderem Maße von Möglichkeiten der Stundung von Zahlungen Gebrauch machen sollten. Der aus ihrer Sicht unverhältnismäßig hohe Zinssatz solle abgesenkt werden.

// Janina Wackernagel

## ZUM NACHLESEN

Welche Vorschläge es von Sachkundigen und aus den anderen Fraktionen gab, ist hier nachzulesen:



# Zahnarztversorgung auf dem Land verbessern

Quote soll drohende Versorgungslücke abschwächen

Mit einem Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, BSW und SPD zu Verbesserungen der zahnärztlichen Versorgung auf dem Land (Drs 8/4185), beschäftigte sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer öffentlichen Anhörung am 20. Oktober 2025. In einer Sondersitzung wurden acht Sachkundige um ihre Einschätzungen gebeten.

Unter den derzeit praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzten im Freistaat Sachsen sind fast 40 Prozent älter als 60 Jahre. Knapp 20 Prozent arbeiten auch über das 65. Lebensjahr hinaus. Zudem

ist die Gesamtzahl der in Sachsen tätigen Zahnärzte in den vergangenen zehn Jahren um rund 10 Prozent zurückgegangen. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen rechnet damit, dass in den kommenden zehn Jahren mindestens 700 Zahnärzte in den Ruhestand gehen und zugleich nur etwa die Hälfte der frei werdenden Stellen mit Nachwuchskräften nachbesetzt werden wird.

Die künftige Versorgungssicherheit im Freistaat könnte damit gefährdet sein. In dem vorgelegten Gesetzentwurf schlagen die Fraktionen CDU, SPD und BSW vor, steuernd in die Studienplatzvergabe an der



Universität Leipzig und der TU Dresden einzugreifen. Ähnlich wie beim Landarztgesetz soll mithilfe einer Vorabquote der Studienplatzzugang für Studierende, die sich für einen späteren Einsatz im ländlichen Raum verpflichten, erleichtert werden.

Die anderen Fraktionen des Sächsischen Landtags haben nun Gelegenheit, Vorschläge für aus ihrer Sicht ggf. nötige Änderungen an dem Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Der

gemeinsame Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen CDU und SPD mit dem BSW ist ein parlamentarisches Novum in Sachsen.

// Janina Wackernagel

## ZUM NACHLESEN

Die Stellungnahmen sowie die anschließende Debatte sind hier nachzulesen:



# AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 03.11.2025

| TITEL   EINBRINGER   AUSSCHUSS                                                                                                                                                                                                                                    | ERLÄUTERUNG                                                                                                                                                                                                                           | STATUS |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>Gesetz zum Sechsten Medienänderungsstaatsvertrag</b><br>8/2275   Staatsregierung                                                                                                                                                                               | Der mit diesem Zustimmungsgesetz in Landesrecht überführte Staatsvertrag stärkt den technischen Jugendschutz.                                                                                                                         | ✓      |
| <b>Gesetz zum Reformstaatsvertrag</b><br>8/2287   Staatsregierung                                                                                                                                                                                                 | Zur Steigerung der Akzeptanz werden Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie das Verhältnis der einzelnen Akteure zueinander weiterentwickelt. Mit dem Gesetz hat der Landtag diesem Staatsvertrag zugestimmt. | ✓      |
| <b>Gesetz zum Schutz des Igels und anderer nachtaktiver Wirbeltiere (Igelschutzgesetz – IgelSchG)</b><br>8/4340   BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>Ffd.: Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft                                                                          | Nachaktive Wirbeltiere sollen vor den Gefahren durch automatisierte Mähroboter geschützt werden. Eine nächtliche Betriebsuntersagung soll Verletzungen und Todesfällen bei Tieren vorbeugen.                                          | ○      |
| <b>Gesetz zur Absenkung des Wahlalters im Freistaat Sachsen auf das vollendete 16. Lebensjahr (Sächsisches Wahlalter-16-Gesetz)</b><br>8/4218   Die Linke<br>Ffd.: Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa                                                     | Das Mindestalter zur Wahlteilnahme für die Landtagswahl und die Kommunalwahl soll auf das vollendete 16. Lebensjahr festgesetzt werden, um junge Menschen stärker in die Politik einzubeziehen.                                       | ○      |
| <b>Gesetz zur Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Bedarfsgebieten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Land Zahnarztgesetz – SächsLZahnarztG)</b><br>8/4185   CDU, BSW und SPD<br>Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt | Über eine Vorabquote sollen geeignete Bewerber einen Zahnmedizinischen Studienplatz erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss für bis zu zehn Jahre in unterversorgten Regionen tätig zu sein.                       | ○      |



angenommen



abgelehnt



neu im parlamentarischen Verfahren



Nähere Informationen unter  
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster

# 35 JAHRE FREISTAAT SACHSEN

Vor 35 Jahren kehrte der Freistaat Sachsen in die Geschichte zurück. Nach dem Ende der DDR entstand eine demokratische Ordnung, die bis heute den festen Kern unserer Gesellschaft bildet. Diese Errungenschaft feierte der Landtag am 3. Oktober 2025 mit einem Festakt sowie einem Tag der offenen Tür.



Fotos: T. Schörke

# Zum Funktionieren der Parlamente

Feierstunde am 3. Oktober 2025  
im Sächsischen Landtag

**Der Sächsische Landtag beging am 3. Oktober erstmals in seiner 35-jährigen Geschichte einen Tag der Demokratie. Nach der ausgebauten Feierstunde am Vormittag öffneten sich direkt die Türen des Parlamentsgebäudes für die interessierten Bürgerinnen und Bürger zum Tag der offenen Tür. Alles stand unter dem Motto »35 Jahre Sächsischer Landtag«.**

Vor über 300 Gästen im Plenarsaal erinnerte Landtagspräsident Alexander Dierks in seiner Rede an die Wiedervereinigung sowie an die Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Jahr 1990. Die deutsche Einheit in einem geeinten Europa sei das große Geschenk vorheriger Generationen an uns alle. Im Jahr 1990 sei ein – weite Teile Europas umspannender – Raum von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und kollektiver Sicherheit entstanden. Dierks rief dazu auf, gemeinsam die Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. »Wir erleben nach 35 Jahren wieder einen Epochenbruch in Europa. Wir erleben, dass liberale Demokratien im Äußeren und im Inneren unter Druck geraten«, so der Landtagspräsident.



Blechbläser-Quartett mit Schülern  
des Sächsischen Landesgymnasiums für Musik

## Reformen und Zuversicht

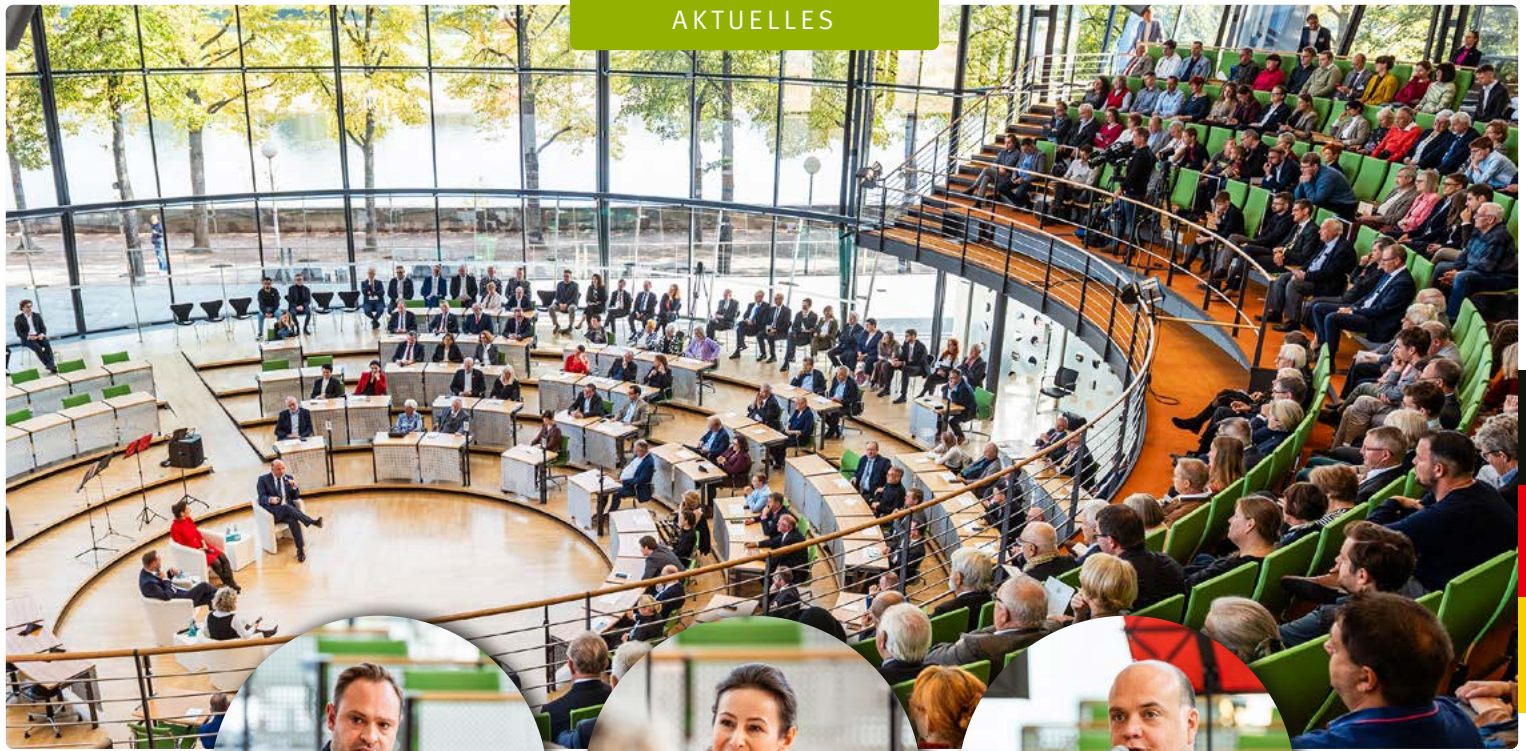
Zugleich mahnte er grundlegende Reformen im Staatswesen und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland an. Dazu gehöre die Erkenntnis, dass der Staat nicht alles regeln könne,

nicht alles regeln müsse und vielleicht auch nicht alles regeln dürfe. Nur dann werde Deutschland auch künftig in Frieden und Wohlstand leben können. Dabei brauche es zugleich aber auch Zuversicht und Optimismus. Der Freistaat

Sachsen habe seine besten Tage bei Weitem nicht hinter sich. Die sächsische Demokratie könne mit schwierigen Situationen umgehen. Das habe sie in den vergangenen 35 Jahren bewiesen und das zeige sie auch gegenwärtig.

## Drohende Dysfunktionalität

Anschließend ging der Berliner Autor und Journalist Robin Alexander in einem Impulsvortrag der Frage nach, inwieweit das parlamentarische System in der Lage sei, die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Während er als politischer Beobachter im Deutschen Bundestag lange Zeit die dortigen Debatten als »zu schmal«



Alexander Dierks



Prof. Dr. Astrid Lorenz



Robin Alexander

empfunden habe, seien sie heute härter und rauer geworden. Vor allem spiegelten die sozialen Medien oft nur selektive Auszüge aus den Debatten wider, was eine – zumeist kalkulierte – Verzerrung mit sich bringe. Dies peitsche dann jene Menschen auf, die ohnehin schon emotionalisiert seien. Damit gehe in gewisser Weise der Sinn der Parlamentsdebatte, nämlich andere zu überzeugen, verloren.

Parallel müsse sich ein Parlament besonders bei komplizierten Entscheidungen Zeit nehmen. Dies mache die Entscheidungen und damit auch

das Regieren besser. Momentan erlebe man in den Parlamenten jedoch das besondere Phänomen, dass die Entscheidungen schwieriger würden, weil die parlamentarische Mitte sich nicht mehr einigen könne. Die Parlamente, so Robin Alexander, drohten, dysfunktional zu werden. Insbesondere weil die immer schmalere Mitte Beschlüsse hervorbringe, die

den Menschen nicht gefielen. Diese als schwach wahrgenommenen Resultate einer solchen Mitte trieben dann die öffentliche Unzufriedenheit und diese Unzufriedenheit stärke wiederum die politischen Ränder.

### Institutionen nicht beschädigen

In der nachfolgenden Podiumsrunde diskutierten die beiden Redner unter der Moderation von Uta Georgi gemeinsam mit der Politikwissenschaftlerin Dr. Prof. Astrid Lorenz von der Universität Leipzig. Sie warb u. a. dafür, die Demokratie nicht nur als Konsensveranstaltung zu sehen, sondern als »Wettbewerb der Ideen«. Es gehe um das politische Abwägen und öffentliche Begründen von Alternativen. Die Parlamente würden auch heute noch ihre zentralen Aufgaben erfüllen, nur sei es eben durch die buntere Zusammensetzung schwieriger geworden. Der Vorteil der Demokratie sei dennoch immer,

dass es eine Öffentlichkeit, einen öffentlichen Diskurs gebe, der die Politik zum Nachsteuern bewege.

Neben einem Appell für mehr Konstruktives in Politik und Medien, dem Landtagspräsident Alexander Dierks überzeugt beipflichtete, sprach Robin Alexander in der Diskussion von einer Krise der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und der gesamten westlichen Welt. Vor dem Hintergrund einer weltweit neu aufgeflamten Systemkonkurrenz mahnte er stringentes Handeln in Demokratien an. Der politische Streit im Parlament sei unentbehrlich. Aber danach müsse man sich über gewisse Institutionen einig sein, zumal wenn es sich um solche handle, die für das Wohl des Landes stehen. Wenn man jedoch den Streit so weit treibe, dass die Institutionen Schaden nehmen, dann könne eine ganze Menge schief laufen, resümierte Robin Alexander.

// Dr. Thomas Schubert

Die Reden sowie die Podiumsdiskussion der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit sind als Videomitschnitte auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags abrufbar.





Fotos: T. Schlorke

# Sehen. Zuhören. Ausprobieren.

**Am 3. Oktober 2025 veranstaltete der Sächsische Landtag seinen traditionellen Tag der offenen Tür. Bereits vor dem offiziellen Beginn standen die ersten Interessierten Schlange. Pünktlich um 12 Uhr gingen die Türen auf und Landtagspräsident Alexander Dierks hieß die Gäste am Eingang des Parlamentsgebäudes willkommen.**

**Parlament lockt  
Tausende Besucher  
zum Tag der  
offenen Tür**

Wer sich für die politischen Ideen und Argumente interessierte, kam bei den Diskussionsrunden im Plenarsaal auf seine Kosten. An jeder Runde nahm je ein Vertreter pro Fraktion teil und die Zuhörer hatten die Möglichkeit, eigene Fragen zu stellen. Im Plenarsaal wurde aber nicht nur diskutiert, sondern auch getanzt. Das Rahmenprogramm gestaltete in diesem Jahr die Kulturhauptstadt Europas 2025 Chemnitz. Verschiedene Tanzgruppen zeigten über den gesamten Nachmittag hinweg ihr großes Können.

Auch in den anderen Teilen des Hohen Hauses standen Angebote für die Besucher bereit. An den Ständen des Petitionsdienstes, des Sächsischen Ausländerbeauftragten, der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Datenschutz- und Transparenzbeauftragten konnte man Fragen stellen, Informationsbroschüren erhalten oder das Wissen testen. Mit VR-Brillen durften die Besucher einen virtuellen 360-Grad-Rundgang durch den Landtag erleben oder bei einer Besucherführung durch den Altbau den sonst nicht öffentlichen Teil des Gebäudes erkunden. Dabei war es auch möglich, einen Blick in das Arbeitszimmer des Präsidenten zu werfen.

// Niklas Hellfritsch



1990

**75** JAHRE  
Sächsischer  
Landtag

2025



Fotos: T. Schlorke

Diskussionsrunde mit Schülern  
und Abgeordneten. In der Mitte:  
Moderator Andre Hardt

# Landtagsjubiläum aus verschiedenen Perspektiven

120 Schülerinnen und Schüler diskutieren mit Abgeordneten

## AM VORMITTAG

Jugendliche erobern  
den Plenarsaal

»An geschichtsträchtigen Jahrestagen darf es nicht nur um einen Rückblick gehen. Gemeinsam mit jungen Menschen sollten wir uns immer fragen: Was hat dieses Ereignis mit unserem Leben heute zu tun und

**Am 27. Oktober 1990 tagte nach fast 40-jähriger Unterbrechung erstmals wieder ein Sächsischer Landtag. 160 Abgeordnete kamen damals in der Dresdner Dreikönigskirche zusammen, wählten Kurt Biedenkopf zum Ministerpräsidenten und Erich Iltgen zum Landtagspräsidenten. Iltgen sprach von der »Stunde des Neubeginns der parlamentarischen Demokratie«. 35 Jahre später nahm das Parlament dieses Jubiläum zum Anlass, um an die historischen Ereignisse zu erinnern – unter anderem mit zwei Veranstaltungen am Jahrestag der ersten Sitzung.**

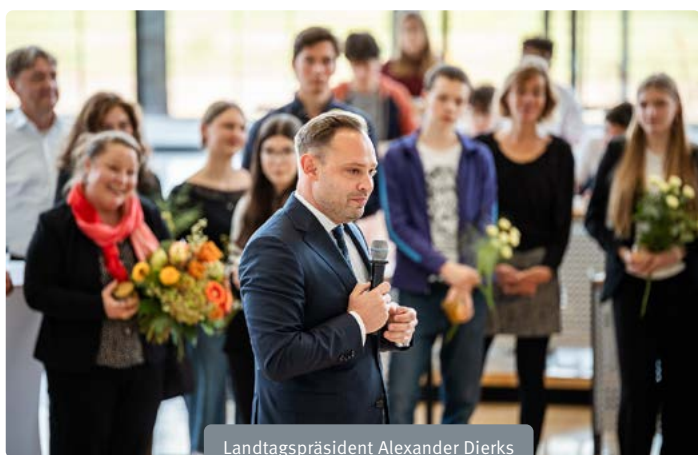
was lernen wir aus der Vergangenheit?«, eröffnete Landtagspräsident Alexander Dierks die Vormittagsveranstaltung im Plenarsaal. Passend dazu dis-

kutierten 120 Schülerinnen und Schüler des Dresdner Romain-Rolland-Gymnasiums mit Abgeordneten des Sächsischen Landtags über die Bedeutung der Demokratie. Jede der sechs Fraktionen hatte eine Vertreterin oder einen Vertreter entsandt, die per Los – live gezogen durch Landtagspräsident Dierks – den Runden zugeteilt wurden.

Damit die Jugendlichen der Klassenstufen 9 bis 12 den erfahrenen Parlamentariern auf Augenhöhe begegnen konnten, hatten in der Vorwoche Workshops in der Schule stattgefunden. Im Plenarsaal bestimmten sie dann Sprecherinnen und Sprecher, die ihre Anliegen vertraten.

**Was bedeutet ein demokratisches Parlament in einer freien Gesellschaft?**

Den Anfang machten Juliane Nagel (Die Linke) und Martin Dulig (SPD). Sie diskutierten mit den beiden Schülern Lina Uslu und Friedrich Hasselgruber. Einig waren sich alle, dass das Leben in einer freien Demokratie schützenswert und dem Leben in einem autokratischen Staat vorzuziehen sei, selbst wenn dieser beispielsweise wirtschaftlich erfolgreich sei. Außerdem ging es um geeignete politische Veranstaltungen für Jugendliche. Friedrich und Lina bemängelten, dass diese nur schwer zu finden seien. Dulig fragte provokant:



Landtagspräsident Alexander Dierks  
dankt den anwesenden Gästen.

»Aber wie sexy ist es denn, zu einer politischen Veranstaltung zu gehen?« Nagel wünschte sich mehr politische Angebote direkt an Schulen, insbesondere an Oberschulen.

### Gibt es Generationengerechtigkeit in der sächsischen Politik?

Als Nächstes debattierten Francesca Antonia Eckard und Navid Heimbecher mit Ralf Böhme (BSW) und Kultusminister Conrad Clemens (CDU). Die Jugendlichen kritisierten, sie müssten mit Schulden und Umweltproblemen leben, die frühere Generationen hinterlassen haben. Politik müsse langfristig denken. Dem stimmten die Abgeordneten prinzipiell zu, verwiesen jedoch auf eine notwendige Willensbildung in der Bevölkerung.

### Wie gut werden junge Menschen vom sächsischen Parlament vertreten?

In der letzten Runde trafen Henriette Glauche und August Sommer auf Jonas Dünzel (AfD) und Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE). Gemeinsam arbeitete man heraus, dass es für Jugendliche nicht nur um Beteiligung gehen sollte, sondern um echte Mitbestimmung. Die Schüler beklagten, dass sich Jugendliche oft mit einer Scheinwirksamkeit konfrontiert sähen. Ihnen würde zugehört, aber es folge oft nichts daraus.

Zum Abschluss dankten die Schülerinnen Malina-Lucia Chambers und Emma Börner den anwesenden Abgeordneten für das offene Gespräch und ihr ehrliches Interesse. Sie appellierten: »Politische Entscheidungen sollten mit den Perspektiven junger Menschen getroffen werden – damit Demokratie lebendig bleibt!«



## AM NACHMITTAG

### Austausch mit ehemaligen Landtagsabgeordneten bei 35 Momentaufnahmen

Zur Eröffnung der Foto-Ausstellung »35 Momente aus 35 Jahren« kamen am Nachmittag des 27. Oktober 2025 viele Abgeordnete aus früheren Wahlperioden zu Besuch ins Parlament. Anhand der aufgestellten großformatigen Fototafeln und mehrerer Redebeiträge blickten sie auf die Anfänge des sächsischen Parlamentarismus in der Dreikönigskirche und besondere Ereignisse zurück.

### Aufbruch und Enthusiasmus

Landtagspräsident Alexander Dierks erinnerte in seiner Ansprache an den Optimismus der Anfangsjahre: »Es war ein Aufbruch, der von der Zuversicht



Angelika Freifrau von Fritsch



Dr. Matthias Röbller

gekennzeichnet war, dass das, was kommt, besser wird als das, was war.«

Angelika Freifrau von Fritsch, Abgeordnete der ersten Stunde, brachte ein besonderes Zeitdokument mit – das Protokoll der allerersten Landtagssitzung von 1990. Es zeuge von Enthusiasmus und dem festen Willen der damals noch vollkommen ungeübten Abgeordneten, Sachsen in eine neue Zukunft zu führen. Der ehemalige Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller betonte, dass das Fundament des Hohen Hauses nicht allein aus Beton und Stahl bestehe, sondern in der Friedlichen Revolution begründet liege, deren Zeitzeuge er sei.

### Erinnerung in Bildern

Im Anschluss präsentierte Fotograf Steffen Giersch, langjähriger Foto-Chronist des Parlaments, persönliche Lieblingsaufnahmen: die Eröffnung des Landtagsneubaus am 12. Februar 1994, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit Gattin Ingrid am Wahlabend 1999, Nachtsitzung im Parlament und anderes mehr. Mit Humor erinnerte er sich an kuriose Ereignisse wie das Erscheinen einer US-amerikanischen Delegation in Jeans und Sweatshirts oder berührende Momente, wie den politischen Austausch über Fraktionsgrenzen hinweg.

// Anne-Marie Brade

AUSSTELLUNG  
IM BÜRGERFOYER  
»35 Jahre Sächsischer Landtag«  
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

27.10.2025 – 15.01.2026

# Momente der Erinnerung

— Fotoaufnahmen schreiben Landtagsgeschichte

Jeden Tag wird rund 5,3-Milliarden-mal der Auslöser eines Smartphones oder einer Kamera gedrückt. Die allermeisten Aufnahmen landen im Speicher, ohne jemals wieder betrachtet zu werden. Nur ganz wenige Bilder schreiben Geschichte und bleiben in Erinnerung. Im Bürgerfoyer des Landtags ist aktuell eine Ausstellung zu sehen, die 35 Bild-Momente aus 35 Jahren Landtagsgeschichte zeigt. Der langjährige Plenarfotograf Steffen Giersch hat ausgewählte Bildtafeln für den Landtagskurier kommentiert.



**Steffen Giersch** wurde 1953 in Dresden geboren. In der DDR stellten er und seine Frau Kunstpostkarten her, um damit die Zensur zu umgehen. Über die Kunst kam er zur Fotografie. Zunächst fotografierte er nur für die Kirche, dann in der Friedlichen Revolution und schließlich auch für den Sächsischen Landtag. 2024 erhielt Steffen Giersch den Evangelischen Medienpreis für sein Lebenswerk.



» Mit dem Sächsischen Landtag verbinde ich unzählige Erinnerungen. Der Plenarsaal war für mich so etwas wie ein Maschinenraum der Demokratie. Laut, leise, selten langweilig.«



» Im Mai 1997 bekommt Frank Richter von Landtagspräsident Erich Iltgen die Sächsische Verfassungsmedaille überreicht. Im Hintergrund ist das Wandbild von Werner Juza mit dem Titel »Versöhnung« zu sehen.«



» Eine bewegende Zeit: Nach den Wahlen 2004 wird Georg Milbradt zum Ministerpräsidenten gewählt. 2005 sorgt die NPD für einen Eklat, als sie während einer Schweigeminute für die Opfer des Nationalsozialismus den Plenarsaal verlässt.«



» Beginn einer neuen Ära: Kurt Biedenkopf wird am 27. Oktober 1990 zum Sächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Im Jahr darauf besuchte Bundespräsident Richard von Weizsäcker unseren Freistaat.«



» Dezember 2017: Drängeln um die besten Plätze beim Pressetermin mit dem soeben gewählten Ministerpräsidenten Michael Kretschmer.«



Foto: Landtag

## Besuch einer Parlamentsdelegation aus Niederösterreich

Vom 15. bis 17. September 2025 begrüßte Parlamentspräsident Alexander Dierks eine Delegation des niederösterreichischen Landtags unter Leitung ihres Präsidenten Mag. Karl Wilfing in Sachsen. Auf ihrer dreitägigen Reise besuchten die Abgeordneten die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz. Neben einem Rückblick auf die Erfolge der langjährigen Partnerschaft standen auch aktuelle Herausforderungen beider Länder auf der Agenda. Ergänzt wurde das Programm durch Gespräche zu Sicherheit und Medienlandschaft sowie ein abwechslungsreiches Kulturprogramm.



Foto: Heinz-Josef Lücking

Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden

## Härtefallfonds für SED-Opfer im Jahr 2025 voll ausgeschöpft

Menschen, die sich aufgrund politischer Verfolgung in der DDR heute in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, können bei der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Einmalzahlung in Höhe von bis zu 5.000 Euro beantragen. In diesem Jahr erhielten 22 Antragsteller eine Entschädigung ausgezahlt, womit das jährliche Budget des Härtefallfonds in Höhe von 100.000 Euro voll ausgeschöpft wurde. Unter den Antragstellern sind sieben ehemalige politische Häftlinge, sieben strafrechtlich rehabilitierte DDR-Heimkinder, fünf verfolgte ehemalige Schülerinnen und Schüler sowie drei beruflich Rehabilitierte.

## Polizei spricht über Erinnerungskultur

Die sächsische Polizei möchte ihre eigene Erinnerungskultur weiterentwickeln. Dazu trafen sich die Mitglieder einer neu gegründeten Arbeitsgruppe am 18. September 2025 im Sächsischen Landtag. Der Vierte Vizepräsident Albrecht Pallas, selbst Polizist, nahm an dem Workshop teil und brachte die Perspektive der Politik in die Diskussion ein. Der Sächsische Landtag würdigt regelmäßig die wertvolle und oft gefährliche Polizeiarbeit.



Foto: Landtag

# Ansturm auf die Kulturhauptstadt

— Kunstsammlungen Chemnitz steuern auf Besucherrekord zu

**Die Europäische Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 übt in diesem Jahr eine große Anziehungskraft aus. Der Landtagskurier hat zahlreiche Aktivitäten und Kulturprojekte mit einer Artikelserie begleitet. Der letzte Beitrag des Sonderthemas zieht fast zeitgleich mit der Abschlussveranstaltung am 29. November ein Resümee.**



Kunstsammlungen am Theaterplatz, Eröffnung »Edvard Munch. Angst« 2025

Dass das Jahr als eine der europäischen Kulturhauptstädte für Chemnitz ein großer Erfolg wird, zeichnet sich schon kurz vor dem offiziellen Finale der Veranstaltungen am 29. November ab. Daran haben auch die großen Kultureinrichtungen der Stadt und der Region einen bedeutenden Anteil.

Gleich die erste große Ausstellung im Jahr 2025 erwies sich als Publikumsmagnet und brachte dem Museum Gunzenhauser überregional großes Lob ein. »European Realities« hatte Anja Richter, die Kuratorin und Leiterin des Museums Gunzenhauser, den Querschnitt durch die »Realismusbewegungen der 1920er und 1930er Jahre in Europa« genannt. Eine »Ausstellung von Weltrang« bescheinigte die Frankfurter Allgemeine Zeitung der Präsentation von etwa 300 Werken aus 20 europäischen Ländern, die das Museum etwa fünf Jahre lang vorbereitet hatte. Die Gemälde, Grafiken und Zeichnungen zeigten eindrucksvoll, wie Künstlerinnen und Künstler auf die Brüche, die Krisen, die drohenden Gefahren in der

Zeit nach dem Ersten Weltkrieg reagierten. Zwar fehlten aus aktuellen Gründen Arbeiten russischer Künstler jener Zeit, dafür wartete die Ausstellung aber mit Entdeckungen von Künstlerinnen und Künstlern aus dem Baltikum und aus Südosteuropa auf. Mit knapp 40 000 Besuchern waren die »European Realities« die bisher erfolgreichste Ausstellung im Museum Gunzenhauser.

Museum Gunzenhauser,  
»European Realities«,  
Ausstellungsansicht, 2025



Foto: Radar Studios/Ernesto Uhlmann

## Besuchermagnet Munch

Die Ausstellung »Edvard Munch – Angst« in den Kunstsammlungen Chemnitz weckte mit 84 000 Besucherinnen und Besuchern erwartungsgemäß noch größeres Interesse. Nur selten mussten zuvor Tickets online für ein Zeitfenster gebucht werden, nur selten musste man in den letzten Jahren vor den Kunstsammlungen Schlange stehen. Beim Munch-Ausstellungsprojekt geschah dies gleich mehrfach. Dabei spielte sicher nicht nur die Popularität des norwegischen Künstlers und seine Beziehung zu Chemnitz – er hatte 1905 die Familie des Unternehmers Herbert Eugen Esche in dessen Chemnitzer Villa gemalt – eine Rolle, sondern auch, dass Angst und Einsamkeit sehr gegenwärtige Gefühle sind, die ihren Ausdruck schon in der Malerei und Grafik Munchs fanden. Zwar konnte das Museum »nur« eine Grafik des berühmtesten Munch-Motivs »Der Schrei« zeigen – doch da Diana Kopka, die Kuratorin der Ausstellung, die Arbeiten des Norwegers in den

Kontext mit Werken zeitgenössischer Künstler setzte (unter anderem Marina Abramović, Irene Bösch, Maja Wunsch, Georg Baselitz, Birgit Brenner, Monica Bonvicini und Sam Durant, Erwin Olaf, Neo Rauch, Michael Morgner und Osmar Osten), war eine Fassung des »Schrei« von Andy Warhol zu sehen (die manche Besucher wohl einen Moment lang für das Original hielten). Das Museum verlängerte angesichts des Besucherandrangs eigens seine Öffnungszeiten.

Große Aufmerksamkeit fand auch die von Marie Winter, der Leiterin des Carlfriedrich-Claus-Archivs, kuratierte Ausstellung zur Künstlergruppe Clara Mosch und der Galerie Oben. In Hunderten Fotos, Dokumenten und Grafiken zeichnete die Ausstellung die von zahlreichen Spitzeln der DDR-Staatssicherheit begleitete Entwicklung der aufmüpfigen Karl-Marx-Städter Künstlergruppe und der Galerie Oben in den 1970er- und 1980er-Jahren nach. Die Ausstellung brachte auch – zumindest für kurze Zeit – die noch lebenden Clara-Mosch-

Mitglieder Dagmar Ranft-Schinke, Thomas Ranft, Gregor Torsten Kozik und Michael Morgner wieder zusammen (Carlfriedrich Claus war 1998 gestorben), die seit Langem getrennte Wege gehen.

### Zuwachs für die Kunstsammlungen

Im Oktober schließlich bescherte eine millionenschwere Schenkung des Würzburger Unternehmers Hermann Gerlinger den Kunstsammlungen einen bedeutenden Zuwachs für ihre Sammlung expressionistischer Kunst der Brücke-Mitglieder

Etwas im Schatten der Kunstsammlungen stand die Neue Sächsische Galerie, die jedoch mit der Ausstellung »Wer auch immer siegt, stürzt ab«, einer eindrucksvoll-berührenden Collage aus größtenteils aktuellen Filmen, Texten und KI-generierten Bildern von Alexander Kluge mit dem Untertitel »Stalingrad – Aufbau eines organisierten Unglücks«, ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Kulturhauptstadt und vor allem zur aktuellen Diskussion um Krieg und Frieden leistete. So heißt es etwa in einem Text Kluges in der Ausstellung: »Die Alternative zum Krieg ist eine intakte Sicherheitsstruktur, etwas



Dr. Florence Thurmes, die Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz, freut sich über die bedeutende Schenkung Hermann Gerlingers mit dem wichtigen Gemälde »Du und ich« von Karl Schmidt-Rottluff.

Karl Schmidt-Rottluff, Ernst Heckel und Ernst Ludwig Kirchner. Besonders ein Bild kehrt gewissermaßen nach Hause zurück: Das Doppelporträt »Du und ich« aus dem Jahre 1919, das zudem einen Wendepunkt im Stil Karl Schmidt-Rottluffs markiert, zeigt den in Rottluff geborenen Künstler und seine ebenfalls aus Chemnitz stammende Frau Emmy Frisch. Die Bilder werden in die ständige Expressionisten-Ausstellung in den Kunstsammlungen integriert und im 2025 eröffneten Schmidt-Rottluff-Haus gezeigt, und sie werden sicher auch langfristig für anhaltendes Publikumsinteresse sorgen.

Ganzes, so wie der Krieg eine Ganzheit ist. Man muss den Punkt lokalisieren, der für beide Seiten eine Verständigung ermöglicht.« Man könne den Krieg nur beenden, wenn man den »kleinen Möglichkeitsraum« finde, in dem Frieden möglich wäre, und man müsse »dort, wo der Konflikt entstand, auch das Gegengift suchen«.

### Sämtliche Vorstellungen ausgebucht

Einen großen Erfolg landete das Chemnitzer Opernhaus mit »Rummelplatz«, einer Oper



nach dem großartigen gleichnamigen Roman von Werner Bräunig zur Musik von Ludger Volmer mit einem Libretto von Jenny Erpenbeck. Die diesjährigen Vorstellungen der Oper waren allesamt ausverkauft, sodass im kommenden Jahr einige zusätzliche Termine gesucht und gefunden wurden. Die Inszenierung von Frank Hilbrich folgt in ausgewählten Szenen dem zwischen 1959 und 1966 entstandenen unvollendeten Roman, der die Arbeit in der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut, die Uran für die sowjetische Atombombe förderte, beschreibt. Bräunigs Realismus sparte weder die sich abzeichnenden ideologischen und politischen Fehlentwicklungen im Lande aus noch den Enthusiasmus, den Idealismus und die Solidarität der Arbeiter. Bei den DDR-Kulturfunktionären kam dies gar nicht gut an, sodass das umfangreiche Romanfragment erst 2007 als Buch erscheinen konnte. Die Oper erregte überregional Aufmerksamkeit und bekam zumeist sehr gute Kritiken.

Eine Ausstellung zum selben Thema sorgte in Zwickau für einen Publikumsansturm. Fast 15 000 Besuche zählten die Organisatoren der Ausstellung »Sonnensucher – Kunst und Bergbau in der Wismut«. Die von dem Dresdner Kunstwissenschaftler Paul Kaiser kuratierte und gemeinsam mit der Wismut-Stiftung organisierte Schau vereinte etwa 300 Werke aus der umfangreichen Wismut-Kunstsammlung mit der Darstellung des Lebens und den Arbeitsbedingungen der Bergleute und wirbt auch um einen dauerhaften Ort für die Kunstsammlung. Das Publikum der Ausstellung dürfte Paul Kaiser dabei an seiner Seite wissen. Eine Besucherin aus Chemnitz jedenfalls wünscht im Gästebuch, die Wismut-Stiftung möge »eine ständige Bleibe für die Wismut-Kunst finden«.

Insgesamt also bisher ein hervorragendes Jahr für die Museentempel in der und um die Kulturhauptstadt – verbunden mit der Hoffnung, dass Chemnitz und Umgebung auch nach dem Ende des Kulturhauptstadtjahres eine attraktive europäische Kulturregion bleiben.

// Matthias Zwarg

Weitere Informationen zu Veranstaltungen unter <https://chemnitz2025.de>



## Plenarsitzungen

03.12. – 04.12.2025

04.02. – 05.02.2026

25.03. – 26.03.2026

12.05. – 13.05.2026

24.06. – 25.06.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

## Weitere Informationen

### Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

### Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter [besucherdienst@slt.sachsen.de](mailto:besucherdienst@slt.sachsen.de)

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

### Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

### Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,  
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133  
[publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)



[www.landtag.sachsen.de/publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)

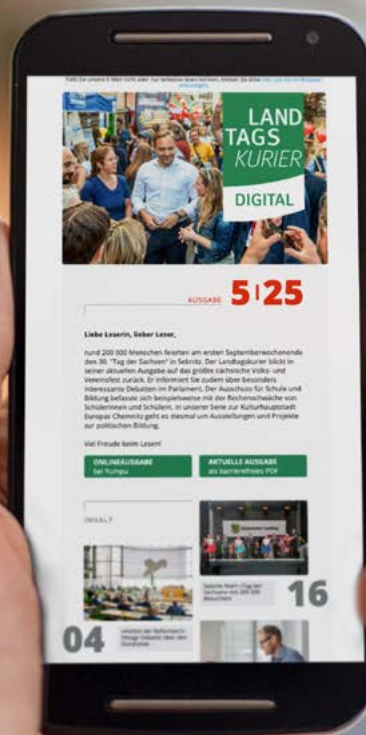


[www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf X: [x.com/sax\\_lt](https://x.com/sax_lt)  
auf Instagram: [instagram.com/sachsen\\_landtag](https://instagram.com/sachsen_landtag) und auf  
YouTube: [youtube.com/@SaechsischerLandtag](https://youtube.com/@SaechsischerLandtag)

# LANDTAGSKURIER per E-Mail abonnieren!



Den Landtagskurier gibt es nicht nur als gedrucktes Heft, sondern auch als digitale Ausgabe, die man bequem per E-Mail erhalten kann.

Das E-Abo lässt sich am PC und Smartphone öffnen und lesen.



Abonniert werden kann der digitale Landtagskurier über die Internetseite des Sächsischen Landtags:

[www.landtag.sachsen.de/abo](http://www.landtag.sachsen.de/abo)